

Bilanz und Perspektiven zum Widerstand gegen Atomanlagen - 1996 ⁽¹⁾

Als ich gefragt wurde, ob ich einen Beitrag zu diesem Buch schreiben wolle, habe ich mit widersprüchlichen Gefühlen mit mir gerungen. Einerseits denke ich, es ist dazu eigentlich schon alles sehr gut gesagt worden, und die Leute sollten sich mit den alten Papieren, Büchern, Filmen, Fotos ... auseinandersetzen, aber andererseits kommt mir diese Haltung auch borniert, vielleicht auch resignativ und rückzugsmäßig vor: Es bringt ja doch alles nichts, die Leute müssen wohl ihre eigenen Erfahrungen machen. Dabei weiß ich ganz genau, daß die alten "Weisheiten" am besten über eigene Erfahrungen in den historischen Kontext gestellt, auf die heutige Situation projiziert und - was mir besonders wichtig erscheint - neu hinterfragt werden können und so auch wieder lebendig in die aktuellen Diskussionen einfließen. Aber dazu gehört die Hoffnung, daß gesellschaftliches Eingreifen überhaupt noch möglich ist. Erfahrungsgemäß - und ich muß mich da mit einschließen und deshalb selbst genau immer wieder auf meine Äußerungen und mein Auftreten achten - verstecken "die mit den vielen Erfahrungen" - die Alten - ihre Resignation oft hinter einer gewissen Abgeklärtheit und Zynismus (oder schlimmstenfalls, indem sie von "Jugendsünden" reden und damit auch ihren Eintritt in die alternative (letztendlich bürgerliche) Karriere rechtfertigen).

Erfahrungen können Spontanität und Erregtheit blockieren, besonders wenn sie als Besserwisserei/Autorität/Wissenschaftlichkeit/zwingende Logik eingebracht/eingesetzt werden. Es müssen eben zusammenkommen, der Wille und die Lust anzugreifen/zu verändern, die Erfahrung aus dem historischen Prozeß, die Analyse der Situation und die Einschätzung unserer Möglichkeiten. Laufen wird das nur, wenn die verschiedenen Beteiligten sich offen machen, nachvollziehbar und bereit sind, miteinander zu streiten und voneinander zu lernen. Das wird nicht über Ansprüche zu erreichen sein, sondern nur, wenn wir auch was Gemeinsames voneinander und miteinander wollen. Alter ist dabei kein Verdienst und auch kein zu akzeptierendes Argument, Jugend aber auch nicht.

Dennoch habe ich den Eindruck - und das macht mich manchmal ganz unruhig und ich stehe dem auch etwas ratlos und mit vielen Fragen gegenüber -, daß jahrzehntelange Erfahrungen in die aktuellen Auseinandersetzungen kaum bewußt einfließen, daß immer wieder von Neuem die gleichen Fehler gemacht werden, daß das Handwerkeln immer wieder von vorne beginnt. Das Gedächtnis der Szene greift bestenfalls 5 Jahre zurück; die unmittelbare "Betroffenheit"/Empörung und spontanen Befindlichkeiten prägen stark das politische Handeln. Und das trägt dazu bei, daß unser Widerstand, unsere Kämpfe sich hauptsächlich und immer wieder gegen einzelne Erscheinungsformen/Auswüchse der herrschenden Verhältnisse richten (oder gar nur gegen das Vorgehen der Bullen), diese aber nicht grundsätzlich in Frage stellen; wir vernachlässigen damit die Möglichkeit, uns einen eigenen Begriff von Herrschaftsfreiheit,

¹ Dieser Text erscheint in einer gekürzten Fassung in >>...und auch nicht anderswo! Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung<<, Verlag die Werkstatt, Göttingen 1997.

Solidarität, Kommunikation, Emanzipation anzueignen; d.h. unser Handeln wird bestimmt durch kurzfristiges Reagieren aber weniger durch bewußtes, auch strategisch, taktisches und kontinuierliches Eingreifen/ Verändern im Kontext eigener gesellschaftlicher Utopie, eines eigenen Menschenbildes/Gesellschaftsbildes; das führt dann auch leicht dazu, sich immer wieder neuen Politikfeldern zuzuwenden, die scheinbar schneller, leichter und mehr "Erfolg" versprechen (Teilbereichspolitik, Ein-Punkt-Bewegung, Feuerwehrpolitik).

Wobei mir schon klar ist, daß das alles ein sehr komplexer und dynamischer dialektischer Prozeß ist, ein Prozeß in dem wir uns darum kümmern müssen, daß u.a. Handlung, Praxis, Theorie, Wahrnehmung, Erkenntnis, Subjektivität, gesellschaftliche Utopie, gesellschaftliche Veränderung immer wieder eine möglichst untrennbare Einheit bilden: >>Es ist zu erwarten, daß die Idee der Freiheit erst im Verlaufe jener Handlungen klar wird, die nötig sind, um die Freiheit zu schaffen.<< (Paul Feyerabend).

Wenn ich mich nun rangesetzt habe, diesen Beitrag zu schreiben, dann nicht, um von den "alten Zeiten" zu schwärmen, sondern um mich selbst zu ermutigen, wieder neu Bilanz über einen mir wichtigen Lebensabschnitt zu ziehen und zu versuchen, mich damit in die aktuelle Perspektiv-/Utopie-Diskussion einzumischen; auch um unsere Geschichte nicht den abstrakten Interpretationen irgendwelcher HistorikerInnen zu überlassen.

Uns, unsere eigene Geschichte immer wieder neu und für andere nachvollziehbar anzueignen, sich ihr zu stellen, zu ihr zu stehen - sie nicht abzuheben, sich nicht von ihr zu distanzieren und nicht immer wieder neu, scheinbar von vorne, zu beginnen - erschließt uns erst die Möglichkeit von politischer und persönlicher Authentizität, Kontinuität und Glaubwürdigkeit. Und ich will von meiner Sichtweise meiner persönlichen Geschichte ausgehen, deshalb, weil ich die Erfahrung gemacht habe, daß eine theoretische Analyse, in der die AutorIn mit ihrer Absicht, Motivation, Begrifflichkeit, Erfahrung, Subjektivität nicht für andere nachvollziehbar vorkommt (das wird sowieso immer nur sehr eingeschränkt zu erreichen sein), sich immer hinter der Autorität anonymer Wissenschaftlichkeit als objektive, wertfreie "Wahrheit" versteckt und sich so schwer nachfragbar/hinterfragbar/angreifbar macht. (Das liegt natürlich auch oft daran, daß viele LeserInnen zu bequem oder zu ängstlich sind oder es nie gelernt haben, sich selbst auseinanderzusetzen, das Gelesene an den eigenen Erfahrungen zu überprüfen und oft allzu gerne bereit sind, sich von anderen sagen zu lassen, wo's lang geht.) Den suggestiven Charakter von "Objektivität" in Anspruch zu nehmen, bedeutet auch Anmaßung intellektueller Überlegenheit und ist der Versuch von Vereinnahmung der anderen Beteiligten.

Allgemein gesagt: Eine Aussage oder Theorie - und das unabhängig von den enthaltenen Bekenntnissen - kann zwar im Rahmen der herrschenden Denkstrukturen und Begrifflichkeiten formal und logisch widerspruchsfrei sein, braucht aber deshalb nicht unsere erfahrbare Wirklichkeit zu beschreiben und irgendwelche Bedeutung für unser Handeln zu haben - auch wenn sie es vortäuschen oder wir uns gerne täuschen lassen.

Und jede Theorie, auch Beschreibung von Geschichte, ist immer ein geistiges Konstrukt, hinter dem Absicht, herrschende Begrifflichkeit und Subjektivität stecken. Wird das eingestanden, kann eine Theorie durchaus nützlich (für wen!?), eine Hilfe sein, unser gesellschaftliches Leben zu handhaben, wird das aber geleugnet, ihr wertfreier, objektiver Wahrheitscharakter unterstellt, ist sie immer Teil von Herrschaftswissenschaft und dann für andere nützlich. "Natur", "Realität",

"Gesellschaft" sind in diesem Sinne immer Begriff von Natur, Begriff von Realität, Begriff von Gesellschaft und können nur in ihrem historischen gesellschaftlichen Kontext/ihrer historischen Entwicklung verstanden werden.

Ich will von einer Zeit reden, in der der Widerstand gegen Atomanlagen nicht nur zahlenmäßig und aktionsmäßig besonders stark war, sondern eine soziale Bewegung darstellte, die quer durch alle gesellschaftlichen Schichten ging.

Ich meine die Zeitspanne von etwa Anfang der 70iger Jahre, als die Auseinandersetzungen um ein geplantes AKW in Wyhl (1973) und kurz darauf in Brokdorf (1974) angingen, über die Anfängen des Widerstandes im Wendland (1977) und die Demonstration gegen das AKW-Grohnde (19.3.1977), bis vielleicht zu den bundesweiten massiven Protesten auf die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl (26.4.86) und der drohenden Inbetriebnahme des AKW-Brokdorf und der quasi militärischen Reaktion durch Bullen und Bundesgrenzschutz z.B. in Wackersdorf, Brokdorf und Kleve (7.6.86; "Hamburger Kessel" 8.6.86; Protestdemonstration in Hamburg 12.6.86), oder bis zur Inbetriebnahme des AKW-Brokdorf (Betriebsgenehmigung 3.10.1986).

In diese Zeitspanne fallen z.B. auch die großen internationalen Demonstrationen (bis zu 300 000 Menschen) gegen das AKW Lemoniz in Euskadi (Basken-land) (dort gab es auch diverse Anschläge gegen Informationszentren der Atomindustrie, Sprengung von Strommasten und Sprengstoff-Anschläge gegen die Baustelle) und die Demonstration gegen den Schnellen Brüter >>Super Phoenix<< in Malville (28.7.77) (Spezialeinheiten der französischen Polizei schossen mit Nebel-, Gas- und Offensivgranaten wie im Krieg: Einem Demonstranten wurde ein Fuß, einem anderen eine Hand abgerissen; ein weiterer starb bei einer Explosion.), der Widerstand gegen die Startbahn West und gegen die Rekrutenvereidigung in Bremen (6.5.1980) und auch die Katastrophen im AKW Three Miles Island bei Harrisburg /Pennsylvania (28.3.1979). ⁽²⁾

² Die vor70er Jahre in der BRD waren geprägt u.a. durch den "Kalten Krieg" und die Trennung Deutschlands in westliche (BRD) und östliche (DDR) Einflußzonen, durch die moralische und politische Restauration in nationalsozialistischer Kontinuität - verschleiert durch Wiederaufbau und "Wirtschaftswunder" -, durch neues Weltmachtstreben, durch die Atomrüstung/ das Wettrüsten der Großmächte und Remilitarisierung und Aufbau der Bundeswehr (1955) (die Bewegung "Kampf dem Atomtod" und die Ostermärsche begannen 58), durch das Verbot der KPD (17. Aug. 56), durch die Notstandssetzgebung (Mai 68 im Bundestag verabschiedet), durch den imperialistischen Krieg der USA gegen Vietnam und die weltweite Bewegung dagegen, die hauptsächlich von den Universitäten ausging und zum Keim mehrerer Befreiungsbewegungen wurde.

Die StudentInnenbewegung initiierte für kurze Zeit durchaus kulturevolutionäre Einbrüche (Kommunen, Wohngemeinschaften, Kinderläden, antiautoritäre Erziehung, "Freie Universitäten", Debatte über den Zusammenhang von sexueller Unterdrückung und Herrschaft, "Sexuelle Befreiung", der Beginn der Anti-Patriarchats- und Feminismusdebatte, ...), die bleibende Spuren bis in die heutige Zeit hinterlassen haben.

Das Ende der 60er, der Beginn der 70er Jahre war die Zeit, als die StudentInnenbewegung an ihre Grenzen gestoßen war und weitgehend im Sinne von Modernisierung der herrschenden Verhältnisse integriert werden konnte. Manche machten sich jetzt auf zum "Gang durch die Institutionen", andere organisierten sich in parteiähnlichen Gruppen mit Anspruch auf Avantgarde- und Massencharakter (wie KPD/ML, KPD/AO, KB, KBW), einige gaben das Studium auf und gingen in die Betriebe und andere wiederum entwickelten das Konzept der Metropolenguerilla und nahmen so den bewaffneten Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse auf (RAF, 2. Juni). Viele kehrten sich von ihren "Jugendsünden" ab und fanden oft in herausragender Position im Justiz-, Wirtschafts- oder Staatsapparat oder an den Universitäten willkommene Aufnahme.

Für viele von uns war diese Zeit von einer Aufbruchstimmung geprägt: Wir packen es, uns kann niemand aufhalten, wir kommen wieder, wir sind viele und werden immer mehr, die Zustimmung zum Widerstand war massenhaft und international! Da wurden die Zweifel und Ängste zur Seite geschoben, da wurde heftig gestritten, da ging's um die Zukunft, auch die eigene. Viele fühlten sich angesprochen, waren fasziniert, wurden mitgerissen. Mit unerschütterlichem Selbstbewußtsein haben wir die herrschenden Verhältnisse in Frage gestellt. Eine ähnliche Stimmung habe ich vorher in der Studentenbewegung und später dann - aber lange nicht mehr so ausgeprägt - in den Häuserkämpfen (z.B. Hafensstraße) in Hamburg erlebt.

Am 2. Juni 1967 wurde Benno Ohnesorge im Verlauf einer Demonstration gegen den Schah von Persien erschossen. Dies führte zur Gründung der „Bewegung 2. Juni“.

Anfang der 70er Jahre wurde das militante Netzwerk (dezentrale Organisation, bestehend aus autonomen Gruppen) „Revolutionäre Zellen (RZ) und „Rote Flora“ (ein Frauen-Netzwerk) gegründet.

28.1.72 Radikalenerlaß, er fordert von den Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die Gewähr dafür, "jederzeit für die FdGO im Sinne des Grundgesetzes" einzutreten. Es kommt zu massenhaften Gesinnungsüberprüfungen und zahlreichen Berufsverboten.

3.10.73 fordert die DGB-Führung alle Gewerkschaften auf die "Unvereinbarkeitsbeschlüsse" anzuwenden. In diesen wird festgelegt, daß die Tätigkeit für oder die Unterstützung von linksextremen Parteien, Vereinigungen oder Gruppierungen unvereinbar mit der Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft ist.

Parallel zum Stammheimer Verfahren wurde seit 1974 zunächst für politische Strafverfahren ein Sonder-Strafprozeßrecht aufgebaut. 18. Aug. 1976 wurde der 129a StGB (Bildung, Werbung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) vom Bundestag verabschiedet - ein Ermächtigungsgesetz für polizeiliche und staatsanwaltliche Repression unterhalb gerichtlicher Verfahren und die Festschreibung von Gesinnungsstrafrecht.

Die Auseinandersetzungen spitzten sich 1977 mit den Ereignissen des >>Deutschen Herbstes<< zu:

8. Aug. bis 2. Sept. Hunger- und Durststreik der RAF-Gefangenen gegen die Absicht, die Gruppe in Stammheim zu zerschlagen * 5. Sept. Entführung des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber H.M. Schleyer (dabei wurden sein Fahrer und drei begleitende Polizisten erschossen) durch die RAF mit der Forderung nach Freilassung von 11 Gefangenen * 13. Okt. Entführung der Lufthansamaschine "Landshut" durch ein Kommando der PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas) u.a. mit der gleichen Forderung (dabei wurde der Kapitän erschossen) * 17./18. OKT. Stürmung der Lufthansamaschine durch eine Sondereinheit des BGS (GSG9) in Mogadischu, dabei wurden drei von vier GeiselnnehmerInnen getötet, Souhaila Andrawes überlebte * 18. Okt. Andreas Baader und Jan Carl Raspe wurden erschossen und Gudrun Ensslin erhängt in ihren Zellen im Hochsicherheitstrakt in Stammheim "aufgefunden", Irmgard Möller überlebte mit mehreren Stichverletzungen. In der offiziellen Version wird versucht, die Todesursache mit Selbstmord und Selbstmordversuch zu erklären - wie auch schon vorher bei Ulrike Meinhof (sie wurde am 9. Mai 76 in ihrer Zelle in Stammheim erhängt "aufgefunden") und später bei Ingrid Schubert (sie wurde am 12. Nov 77 erhängt in ihrer Zelle in München-Stadelheim "aufgefunden") * 19. Okt. Erschießung von H. M. Schleyer durch die RAF * Die SPD/FDP-Regierung bildete einen überparteilichen Krisenstab, der praktisch das Parlament außer Kraft setzte. Diese Ereignisse haben das politische Gesicht der BRD entscheidend geprägt.

Anfang der 80er Jahre entwickelte die Friedensbewegung sich wieder zu einer Massenbewegung. Sie richtete sich gegen die westliche Nachrüstung (NATO-Doppelbeschluß Dez. 79), die allgemeine atomare Aufrüstung und teilweise trat sie für die Abschaffung aller Waffen ein.

Die Anti-AKW-Bewegung (gemeint sind nicht einzelne AktivistInnen) hat sich zu dieser Entwicklung kaum sichtbar verhalten oder sich mit ihr nicht auseinandergesetzt, sie eher ignoriert oder sie ist zu ihr auf Distanz gegangen - weil sie wohl scheinbar nichts mit dem/unserem Kampf gegen Atomtechnologie zu tun hatte!?

Zurückblickend erscheint mir jetzt manches illusionär, auch naiv und oft ganz schön oberflächlich, von Selbstüberschätzung geprägt - wenn ich mich nicht wiederum daran erinnern könnte, was an Sich-Leben-Aneignen, an Fremdbestimmung-Hinterfragen und -Abschütteln, untereinander Berührung und Kommunikation entwickeln, Unbekümmertheit und Freude diese Zeit für uns bedeutet hat.

Aber ich sehe da jetzt auch noch eine andere Seite. Die plötzliche Publizität/Sympathie, die uns entgegengebracht wurde, die vielen und unterschiedlichen Menschen, die sich einmischten, das ständige In-Bewegung-Sein, die permanent anstehenden Konfrontationen, "berauschten" uns und ließen uns ungenau werden, besonders was die Beziehungen untereinander - die immer stärker durch taktische und technische Gesichtspunkte bestimmt wurden - und auch, was die unterschiedlichen Vorstellungen von den gesellschaftlichen Utopien betrafen. Wir stürmten voran, ohne zurückzuschauen: Die Begeisterung hat viele Konflikte weggebügelt und dadurch manche von uns abgeschreckt und zurückgelassen.

Als sichtbar wurde, daß unsere Ziel >>kein AKW in Brokdorf oder anderswo<< so schnell und so leicht nicht zu verwirklichen war, mußten wir feststellen, daß wir zu wenig dafür getan hatten, um uns eine gemeinsame Grundlage für den "Langen Atem", der jetzt angesagt war, zu schaffen. Die Auseinandersetzungen, die wir vorher nicht ausreichend geführt hatten, die Verhältnisse unter uns, die nicht geklärt waren - z.B. die reformerischen, gewaltfreien oder militanten Widerstandsformen, die oft unvermittelt nebeneinander standen, sich aber für die eigenen Interessen zu funktionalisieren versuchten - fielen uns jetzt auf die eigenen Füße und machten die Bewegung anfällig für Spaltung und für Integration in die herrschenden Verhältnisse. Wir hatten uns zu stark auf die technischen Aspekte des Widerstandes und auch zu ausschließlich auf AKW, auf Atomtechnologie und auf das Geschäft mit der Atomenergie konzentriert, hatten keine übergreifende Perspektive entwickelt (der Anti-AKW-Widerstand hat sich zu anderen politischen Fragen kaum verhalten) - vielleicht auch, weil uns das davon "befreite", uns selbst, unser "gesellschaftliches Sein" ausreichend in die Auseinandersetzungen mit einzubeziehen; was erfahrungsgemäß ja immer große Schwierigkeiten macht - und als der Staat uns dann quasi militärisch gegenübertrat und wir versuchten, diese Konfrontation aufzunehmen, konnten wir dem nicht mehr besonders viel entgegensetzen.

Auch die Welle von Sabotageaktionen gegen Strommasten, gegen Einrichtungen der Atomindustrie und Elektrizitätsunternehmen, gegen am Bau von Atomanlagen beteiligte Baufirmen und vereinzelt auch gegen Lebensstrukturen von an diesem Geschäft Beteiligten, konnten die Situation grundsätzlich nicht mehr verändern. Die Aktionen wurden zwar von den unterschiedlichsten Menschen mit "klammheimlicher Freude" begrüßt - von sicheren Rängen aus wurde Beifall geklatscht -, aber sie wurden sich nicht moralisch angeeignet und als Ausdruck eigener Identität vertreten; so konnten sie sich nicht als eine Antwort der sozialen Auseinandersetzung etablieren - sie blieben isoliert, bewunderungswürdigen, mutigen SpezialistInnen stellvertretend überlassen.

Wir können uns technisch noch so anstrengen und auch immer perfekter werden, wir werden aber nur dann daran beteiligt sein, den "Lauf der Dinge" im Sinne von Herrschaftsfreiheit und Solidarität zu beeinflussen, wenn wir auch die Herzen und Köpfe vieler Menschen erreichen.

Aber in dieser Phase ist vieles entstanden, vieles, was jetzt oft so unhinterfragt und selbstverständlich erscheint, oft auch zur bloßen Hülle, zur zwanghaften Komödie, zum

Laienspiel verkommen (z.B. wenn "die Autonomen" über Steineschmeißen und Lederjacken und Haßkappen identifiziert werden oder sich selbst identifizieren).

Ich glaube es lohnt sich, manches wieder in unseren Blickwinkel zurückzuholen. Das, um dazu beizutragen, dieser tiefen Hoffnungslosigkeit, dem Gefühl der Unausweichlichkeit und Zwangsläufigkeit den herrschenden Verhältnissen gegenüber, der Weltuntergangsstimmung mit der häufigen Folge hektischer Betriebsamkeit in der pflicht- und anspruchsmäßigen Verwaltung von Widerstand, die mir in den letzten Jahren (verstärkt ab 1989 nach der Implosion der Warschauer-Pakt-Staaten und der weitgehenden Annexion der DDR durch die BRD) überall begegnet sind und mich selbst auch immer wieder überfallen, mit eigenen Vorstellungen entgegenzutreten. Und um wieder mit revolutionärem Geist, mit einem Lachen auf den Lippen, selbstbewußter in die Zukunft zu blicken und uns die Geschichte - die auch unsere ist - wieder stärker anzueignen.

So will ich über einige Erfahrungen reden, die auch mein Leben, meine Sichtweise/Haltung stark beeinflußt haben, mit denen ich eine Vorstellung von Emanzipation verbinde. Zwei Punkte will ich herausgreifen:

Unsere Auseinandersetzung mit der Rolle und der Institution >>Wissenschaft<< und mit dem Begriff >>Autonomie<< als gesellschaftliche Utopie.

Aus diesen Erfahrungen und auch aus meinen Erfahrungen mit der aktuellen Diskussion und Praxis des Anti-AKW-Widerstandes habe ich am Ende einige Thesen formuliert.

Die Bedeutung von Wissenschaft - als Ideologie und als Institution - zur Aufrechterhaltung der herrschenden Verhältnisse wurde im Prozeß des Hinterfragens immer deutlicher erkannt.

Es war Anfang der siebziger Jahre. PhysikerInnen aus verschiedenen Instituten der Hamburger Universität hatten sich zusammengetan, um über die gesellschaftliche Rolle von Wissenschaft/Physik und Ausbildung/Universität, speziell auch von Großforschungseinrichtungen wie das Deutsche Elektronen Synchrotron (DESY), nachzudenken. Ein Ergebnis war unsere Beteiligung an der Gründung und Durchführung (Juni 74) einer Orientierungseinheit (OE) für StudienanfängerInnen.

Hier haben wir die Verwertung naturwissenschaftlicher Ergebnisse in der Industriegesellschaft und, wie diese Verwertungsinteressen Forschung und Lehre beeinflussen, untersucht; und auch, wie Erkenntnis, Begrifflichkeit, Denkstrukturen in Beziehung zu den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen stehen.

Eine These dieser Arbeit war u.a., daß Erkenntnis immer ein geistiges Konstrukt ist und z.B. Begriffe wie "natürlich", "Natur", "objektive Realität", "wertfreie Erkenntnis", "Wahrheit" suggerieren sollen, daß die herrschenden Gedanken nicht die Gedanken der Herrschenden/herrschenden Verhältnisse sind, sondern eine von diesen losgelöste Bedeutung haben.

Wir knüpften mit unserer Arbeit an den vorgegebenen Studieninhalten und an den Berufsbildern von PhysikerInnen an.

In diesem Zusammenhang luden wir auch Jens Scheer ein. Jens war seit 1971 Physikprofessor an der Universität Bremen, war Mitarbeiter des Projekts "Schadstoffbelastung am Arbeitsplatz in der Industrieregion Unterweser (SAIU) und war engagiert im "Arbeitskreis gegen radioaktive Verseuchung" gegen das AKW-Esensham.

Jens sprach (27.6.74) über das Thema "Bau und Betrieb von Kernreaktoren und die damit verbundenen Gefahren für die Bevölkerung". Als Diskussionsvorlage diente uns der Vorabdruck des von SAIU im Mai 75 erschienenen Buches: "Zum richtigen Verständnis der Kernindustrie, 66 Er widerungen" (dieses Buch wurde bald zu einem Standardwerk der Anti-AKW-Bewegung), eine Antwort auf die Propagandaschrift der HEW und NWK.: "Zum besseren Verständnis der Kernenergie, 66 Fragen, 66 Antworten".

Auf einer OE-Sitzung berichteten StudentInnen von einem in Brokdorf geplanten AKW (seit Nov. 73 bekannt), von den ersten Protestaktionen und forderten uns auf - uns, als Leute, die sich für kritisch hielten, mit unserem Anspruch, Wissenschaft, in ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zu hinterfragen -, uns an dem Widerstand zu beteiligen.

Ich hatte bisher als wissenschaftlicher Assistent am II. Institut für Experimentalphysik an der Universität Hamburg gearbeitet, war an Experimenten im Bereich der Elementarteilchenphysik am Deutschen Elektronensynchrotron (DESY) beteiligt und fand ab 1974 - nachdem mein Vertrag wegen meiner politischen Tätigkeit nicht verlängert wurde und Berufungen durch die

Universitäten Bremen und Oldenburg von den jeweils zuständigen politischen Senaten verhindert wurden - als Lehrer an einem Gymnasium in Hamburg eine Anstellung. Ich hatte zwar mit Interesse die erfolgreichen Auseinandersetzungen gegen Breisach als Standort eines AKW (1972) und die Proteste gegen den Ausweichstandort Wyhl (ab 1973) in der Presse verfolgt, fühlte mich selbst aber nicht besonders angesprochen und für die Entwicklung auch nicht irgendwie verantwortlich. Das, obwohl ich vorher gerade auch an der Durchführung von Vorlesungen und Übungen zur Atom- und Kernphysik beteiligt war, die aber diese aktuellen praktischen Fragen überhaupt nicht berührten.

Mich mit der praktischen Umsetzung von Physik und deren Folgen für die Umwelt zu befassen, lag mir als jemand, dessen Interessen bei der "reinen Grundlagenforschung" lagen, doch sehr fern. Die Bürgerinitiativen verband ich mit Vorstellungen, die ich von Natur- und Lebensschutzgruppen hatte, mit einem Beigeschmack von Blut- und Bodenideologie und Trachten-Outfit; und mit solchen Leuten wollte ich nicht allzu nahe etwas zu tun haben. Aber aus Neugierde, weil es uns schmeichelte, als WissenschaftlerInnen gefragt zu sein, und weil es uns immer wichtiger wurde, Möglichkeiten zu finden, unsere Fachkenntnisse auch außerhalb des Wissenschaftsbetriebes in die gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge einzubringen, sind wir hingefahren in die Wilster Marsch, nach Brokdorf und haben uns vor Ort mit BäuerInnen, LehrerInnen, Leuten aus der Kirche, KünstlerInnen, SchülerInnen und vereinzelt auch mit Leuten aus den umliegenden Städten u.s.w. getroffen - mit einer Szene, mit der wir bis dahin kaum Kontakt hatten.

Das Mißtrauen gegenüber den PolitikerInnen und BehördenvertreterInnen und gegenüber ExpertInnen der Atomindustrie war dort groß; von uns als "unabhängige" PhysikerInnen wurde erwartet, daß wir die besseren Argumente lieferten. Der Respekt vor der Wissenschaft und ihren VertreterInnen, der Glaube, die besseren Argumente müssen sich letztendlich durchsetzen, waren am Anfang doch sehr verbreitet.

Das war die Phase, in der wir viele Stunden und Tage in "der guten Stube" saßen und gemeinsam intensiv über Reaktorphysik, den Folgen der radioaktiven Strahlung, den Charakter statistischer Aussagen, die Sicherheit großtechnologischer Anlagen, das Zustandekommen von Schwellenwerten und Toleranzgrenzen für radioaktive Strahlung, usw. diskutierten. Wir merkten schnell, daß wir mit unserem Uni-Bücher-Wissen da nicht sehr weit kamen, oft die BäuerInnen die besseren ExperInnen waren, wenn es z.B. um Fragen der Bewässerung, des Klimas, Grundwassers, der Wärmebelastung der Elbe, um Nebelbildung, um diverse Fragen beim Weide-Kuh-Milch-Schilddrüsenpfad für radioaktives Jod ging. Das kam auch zum Ausdruck, als im März 76 beim wasserrechtlichen Erörterungstermin die Behörde zwei getrennte Termine, einen für die unmittelbaren AnwohnerInnen des geplanten AKW und einen für Auswärtige, ansetzte und mit Hilfe der Polizei auch weitgehend durchsetzte: wir haben uns dann gegenseitig als GutachterInnen und wissenschaftliche Beistände benannt. Das war nicht nur taktisch ein kluger Schritt, sondern durchaus auch sachlich notwendig. Und es war für uns alle eine große Genugtuung, wenn Menschen ohne Studium und offizielle Titel die wissenschaftlichen Autoritäten der Atomindustrie und der Behörde angriffen, mit großem Selbstbewußtsein, ihr eigenes Wissen, ihre Erfahrungen und ihre eigenen Vorstellungen ihnen entgegenstellten.

Wie viele Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen mit VertreterInnen der Atomindustrie,

Fernsehdiskussionen, Erörterungstermine, Prozesse, "Aufklärungs"-Broschüren, Zeitungsartikel, ... haben wir durchgeführt/haben wir geschrieben? Immer mit der Gewißheit, "wir sind im Recht", "wir haben die besseren Argumente" und mit der versteckten Hoffnung, den besseren Argumenten kann sich letztendlich niemand verschließen.

Es war ein langer Weg, nicht nur abstrakt zu erkennen, sondern auch zu realisieren, daß der Bau und Betrieb von Atomanlagen nicht mit einem wertfreien, absoluten, politisch unabhängigen Menschen-, Grund-Recht - das nur eingefordert werden muß -, oder mit einer wissenschaftlichen Wahrheit - die nur gefunden werden muß -, verhindert werden kann; daß ökonomische und politische Interessen hinter der Atomtechnologie stecken. Daß die herrschenden Verhältnisse u.a. auf der Ausbeutung und Vernichtung der Quelle menschlicher Arbeitskraft und der "Natur" beruhen und daß deshalb unsere Lebensbedingungen nur als Kosten-Nutzen-Faktor in den Bilanzen der Atomindustrie und des Staates eingehen.

Und weiter, daß es nicht nur darum geht, ob eine Maschine/Technologie zum Schaden oder zum Nutzen für die Menschen eingesetzt wird, sondern daß sie selbst Herrschaftscharakter in sich birgt.

(Dies führte auch zur Abgrenzung der ANTI-AKW-Bewegung von der DKP, verstärkt ab der Brokdorf/Itzehoe -Demonstration (19.2.1977): Die DKP vertrat die Forderung "kein KKW gegen den Willen der Bevölkerung"; und da nach ihren Vorstellungen die DDR ein Staat war, der "in den Händen der Arbeiter und Bauern" lag, und die Entwicklung von Technik als Entwicklung der Produktivkräfte per se als Fortschritt begriffen wurde, wurde jede Kritik am Atomprogramm in der DDR entschieden unterdrückt und verfolgt. Andere Gründe - aber sie sind nicht unabhängig voneinander zu verstehen - waren die StellvertreterInnen-Politik der DKP und ihr machttaktisches Verhalten den bürgerlichen Parteien und der politischen Administration gegenüber.)

Es setzte sich immer stärker die Erkenntnis durch, daß es nicht darum geht, PolitikerInnen zu überzeugen, sondern um politische Gegenmacht, verbunden mit einem eigenen Begriff von Emanzipation.

So waren auch wir - die wir als WissenschaftlerInnen angetreten waren - aufgefordert, wollten wir uns vor uns selbst und vor den anderen glaubwürdig verhalten, unsere Verstricktheit in die herrschende Wissenschaft als Wissenschaft der Herrschenden kritisch zu hinterfragen und für uns selbst auch Konsequenzen zu ziehen, z.B. uns auch am praktischen Widerstand gegen Atomanlagen zu beteiligen. Eines unserer Hauptanliegen wurde es, die Rolle wissenschaftlicher Autorität und den Mythos der Wissenschaft zu entlarven.

Das hat zu Berufsverböten, Kriminalisierung und politischer Verfolgung geführt.

Aber sein eigenes Recht einfordern, politische Gegenmacht einfordern, kann immer nur auf der Grundlage eigener gesellschaftlicher Perspektive/Utopie stattfinden. An diese Diskussion wagten wir uns nicht so richtig ran, wir klammerten sie weitgehend aus, aus eigener Unsicherheit und vielleicht auch, um die scheinbare Harmonie in der Aktion nach außen nicht zu gefährden.

Das alles war kein linearer Erkenntnisprozeß, und ab einem bestimmten Zeitpunkt war dann alles klar und brauchte dann nur noch praktisch umgesetzt zu werden. Verbal wurde vieles in diesem Sinne radikal geäußert, aber praktisch wollten sich viele nicht allzu weit aus der Nähe der "Sicherheit" der herrschenden Verhältnisse entfernen. Es stand dabei zu viel auf dem Spiel - Besitz, gesellschaftliches Ansehen, Eingebundenheit, Beruf, Karriere, ... - und der Widerstand konnte da keine neuen Sicherheiten/ Garantien bieten. Die Leute, die von "außen" kamen,

schiene es leichter zu haben - sie waren nicht so verwoben in die politischen und sozialen Strukturen vor Ort, waren meist jünger und hatten ordentlich auf die Kacke - und das wurde ihnen auch oft zum Vorwurf gemacht.

Diese Situation war Quelle für viele Konflikte unter uns und Nährboden für Spaltungsversuche durch die bürgerlichen politischen Kreise (z.B. die Demonstration Brokdorf/Itzehoe vom 19.2.77).

Als emanzipatorisch und als Bereicherung unseres Lebens haben wir wohl alle empfunden, daß während der Hochzeiten des Widerstandes Frauen und Männer aus Stadt und Land, Bäuerinnen und Bauern oft mehrmals in der Woche, viele Stunden zusammen saßen, diskutierten, Aktionen vorbereiteten, sich oft ungeheuer stritten, um schließlich doch, gemeinsam zu handeln - auf der Grundlage, wir sind zwar nicht immer einer Meinung, aber wir nehmen uns gegenseitig ernst, und da müssen wir auch bereit sein, in unseren eigenen Vorstellungen zurückzustecken. Nachdem das AKW gebaut war und betrieben wurde, die Haltung "du kannst gegen die da oben doch nichts machen" sich wieder verbreitete, die eigene Stimme an die "Grünen" abgegeben wurde, der Gerichts-Prozeß gegen das AKW wieder eigenständige Bedeutung bekam und nicht mehr als taktisches Mittel im Kontext des Widerstandes verstanden wurde, saßen wir wieder einmal zusammen in der "guten Stube", um über eine anstehende Klage zu beraten: "Wir" meint jetzt die KlägerInnen (unter den KlägerInnen war eine Frau, aber sie war nicht anwesend)- alles Männer - und die GutachterInnen - eine Frau dabei. Die Bäuerinnen saßen in der Küche. Wieder zu den alten Verhältnissen zurückgekehrt!

Eine Erfahrung, die ich wiederholt gemacht habe, auch indirekt durch die Berührung mit Befreiungsbewegungen: In Phasen des gemeinsamen Kampfes, da wo es um gemeinsame Ziele, um die Entwicklung eigener Utopie geht, der äußere Feind (be-)greifbar ist, wo wir aufeinander angewiesen sind, entsteht ein Bedürfnis und es wird zur Existenzfrage, uns zu verstehen, uns gegenseitig ernst zu nehmen, uns aufeinander einzulassen, uns zu unterstützen, uns zu respektieren, die herrschenden Verhältnisse/Macht-Strukturen auch in unseren eigenen Beziehungen in Frage zu stellen.

(Es gibt aber auch andere Beispiele in der Geschichte: Entwicklungen, die geprägt sind durch Fundamentalismus, Dogmatismus, Zentralismus, Nationalismus, Avantgarde- und Stellvertreteranspruch und Instrumentalisierung für politische Interessen derjenigen, die wissen "wo's lang geht"; Machtwechsel, der nicht Emanzipation bedeutet.)

Sind die Kämpfe beendet - oft in die herrschenden Verhältnisse integriert -, kehren die alten Zustände wieder zurück. Die Bande der Opposition reichten nicht aus, die Zukunft weiterhin gemeinsam neu zu gestalten.

Da stellt sich die Frage neu, was das eigentlich vorher war!?

Zum Begriff >Autonomie< als gesellschaftliche Utopie.

Wir waren von unserer sozialen und politischen Herkunft her bunt gemischt: Leute vom Land und aus den Städten, aus der unmittelbaren Umgebung des geplanten AKW und von weiter weg, BäuerInnen, Elb-Fischer, HandwerkerInnen, ArbeiterInnen, Geschäftsleute, StudentInnen und andere von den Universitäten, LehrerInnen, SchülerInnen, KünstlerInnen, der Bürgermeister von Wewelsfleth, eine Frau vom Gemeinderat aus Wilster, eine Diplomatenfrau aus Itzehoe, u.s.w. Sie hatten "Eigentum", waren gesellschaftlich in die regionalen Strukturen integriert, waren beruflich und familiär in eine Lebensperspektive eingebunden, lebten in Wohngemeinschaften, lehnten es ab, die eigene Arbeitskraft als Ware zu verkaufen, lebten vom sozialen Netz oder jobbten oder schlugen sich sonstwie durch, lebten von der Rente und genehmigten sich - wie manche selbst erklärten - ohne Druck und Kontrolle durch die Strukturen der Lohnarbeit, eine eigene Meinung zu haben, waren in der CDU oder SPD, fühlten sich zu der Radikalen Linken, zu den Spontis, zu den diversen K-Gruppen zugehörig, sie hatten Angst um die Qualität ihres Produkts Milch, Fleisch und Gemüse, um ihre Gesundheit, waren empört, weil die PolitikerInnen sie belogen hatten und sie sich nicht ernst genommen fühlten, sie dachten gerade über diesen Widerstand, die herrschenden Verhältnisse zum Tanzen zu bringen, ..., oder - und auch solche waren unter uns - sie wollten verhindern, daß das "Deutsche Erbgut" oder das "Deutsche Qualitätsprodukt" durch radioaktive Strahlung Schaden erleidet. (Von bestimmten VertreterInnen dieser Haltung hat sich die Anti-AKW-Bewegung abgegrenzt und getrennt - das erst nach schwierigen Diskussionen und dann auch nicht durchgängig, aber im Rahmen offizieller Erklärungen.

Ähnliches Gedankengut kommt aber auch zum Ausdruck, wenn aus der Anti-AKW-Bewegung, zur Mobilisierung für den Widerstand, mit Bildern und Plakaten geworben wird, auf denen Menschen abgebildet sind, die nicht der herrschenden Norm entsprechen - d.h. Menschen, die von dieser Gesellschaft behindert und als "Behinderte" klassifiziert, als unwertes Leben selektiert werden -, um damit an weitgehend verinnerlichte Ängsten vor Normabweichung anzuknüpfen. Die Aktualität dieser Auseinandersetzung zeigt sich an dem Hochschnellen der Anzahlen von Schwangerschaftsabbrüchen nach Tschernobyl.)

Wir wollten alle "kein AKW in Brokdorf oder anderswo", aber darüberhinaus gab es die unterschiedlichsten Ziele/Lebensentwürfe/Utopien/Alltage, und wir mußten immer wieder feststellen, wie sehr doch unser gesellschaftliches Sein unser Bewußtsein prägt, und daß du erst einmal von dir weitgehend unbeeinflußt und ohne dir groß Gedanken zu machen in eine bestimmte gesellschaftliche Rolle hineingerätst und wie schwierig es ist, dann da wieder rauszukommen.

Die politisch Herrschenden verstanden dieses Zusammenkommen sehr richtig als Bedrohung gegen sich und versuchten, uns zu spalten: In die "betroffene", vernünftige Bevölkerung vor Ort mit ehrenvollen Absichten, die anfänglich hofiert und umschmeichelt wurde, und in die angereisten "Chaoten", "Gewalt-täter", "Staatsfeinde und Kommunisten aus den Städten", denen ganz andere Absichten unterstellt wurden, als gegen das AKW zu sein - und da hatten sie natürlich nicht nur unrecht.

Das hat schon auch gewirkt, Mißtrauen unter uns gesät, immer wieder zu Verunsicherung und Irritation geführt. Ich denke auch, wir waren da allzuschnell, um der scheinbaren "Stärke willen"

auf Glättung des Konflikts aus, und haben uns zu wenig auf die vorhandenen Widersprüche eingelassen.

Aber es wurde auch immer klarer, wir aus den Städten (und da gab es auch wieder die unterschiedlichsten Vorstellungen) kommen nicht ausschließlich nach Brokdorf, um der örtlichen Bevölkerung beizustehen, sondern aus eigenem Anliegen und das geht über den Kampf gegen die Gefährdung durch radioaktive Strahlung hinaus. Und wir hingegen mußten einsehen, daß die Aktiven vor Ort nur wenig mit unseren politischen Vorstellungen "am Hut" hatten.

Aber andererseits brauchten wir uns gegenseitig - und das war nicht nur bestimmt aus abstrakter Einsicht über die "objektive Notwendigkeit" oder aus politischem Kalkül -, sondern wir bekamen Interesse aneinander, wir hatten Lust aufeinander, wir fühlten uns gemeinsam stärker, weil wir die Erfahrung machten, wir können viel voneinander lernen, müssen unsere eigenen Vorstellungen offen machen und immer wieder neu hinterfragen/hinterfragen lassen, und das bringt uns gemeinsam weiter, schafft Solidarität, Beziehung, Kommunikation.

Das war die eine Seite unseres Verhältnisses. eine andere war geprägt durch unausgesprochenes gegenseitiges Mißtrauen:

- "die Spinner aus der Stadt, aber sie sind ganz nützlich, und möglichst nicht mit ihnen in Zusammenhang gebracht werden, und heimlich wollen sie doch nur, daß unser Besitz enteignet wird".

- "Die konservativen BäuerInnen, mit denen ist die Revolution doch nicht zu machen, aber sie bilden Schutz vor den Angriffen des Staates und sie lassen sich vorzüglich zur Mobilisierung für den Widerstand nutzen".

Da war auch eine ganze Menge an Opportunismus, Funktionalisierung, Anbiederung und Taktiererei vorhanden.

Unser Verhältnis war die ganze Zeit über ambivalent und widersprüchlich. Aber trotzdem, sich genau in diese Widersprüche hineinzubegeben, sie zuzulassen, darin die Auseinandersetzung und gemeinsame Möglichkeiten zu suchen - und das gelang eben immer wieder - machte das emanzipatorische Verhältnis aus.

In verschiedenen Städten, so in Hamburg, schossen die Stadtteilinitiativen aus dem Boden. Es gab ein gemeinsames wöchentliches Plenum und eigene gemeinsame Strukturen wie Ermittlungsausschuß, Sanitätsausschuß, Verkehrsausschuß, Dokumentations- und Presse-Ausschuß wurden entwickelt.

Der zur damaligen Zeit zahlenmäßig und auch von seinem politischen Einfluß auf die Linke sehr starke KB (Kommunistischer Bund) hielt sich trotz wiederholter Aufforderung, sich zu beteiligen, zunächst abseits. Er hielt die BI-Bewegung erklärtermaßen für kleinbürgerlich, die ökologischen Fragen bestenfalls für einen "Nebenwiderspruch"; weigerte sich noch im März 76 in seinem Laden "Arbeitsbuch", Unterschriftenlisten gegen den wasserrechtlichen Erörterungstermin auszulegen, oder er beteiligte sich an der zweiten großen Demonstration vom 13. 11. 76 (wir waren etwa 45 000) nur als BeobachterIn und distanzierte sich anfänglich von den Versuchen, den Bauplatz zu besetzen. Später hat er Angriffen gegen Bauplätze u.s.w. - wie mir scheint - ausschließlich aus taktischen Erwägungen zugestimmt. Was auch durch die dann bald erfolgte nahtlose Etablierung großer Teile der Organisation in die parlamentarischen Machtstrukturen (z.B. in die GAL: Grüne Alternative Liste) bestätigt wurde.

Aus seinem Führungsanspruch als "kommunistische Avantgarde" konnte er sich aber schließlich dem Massencharakter der Anti-AKW-Bewegung nicht verschließen und versuchte dann, die Bewegung seiner Politik und seinem Organisationsverständnis ("Demokratischer Zentralismus")

unterzuordnen und Leute für die eigene Organisation zu rekrutieren. (Ich denke dieses Verständnis von "Politik machen", hat zum Scheitern des KB beigetragen.)

Zu Beginn der Auseinandersetzungen gegen das AKW-Brokdorf stellten die Gewerkschaften sich offiziell und öffentlich gegen den Widerstand und argumentierten gemeinsam mit den VertreterInnen der Atomindustrie über "die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen für die ländliche Region", über "ohne Atomenergie gehen die Lichter aus", über "Atomenergie ist notwendig, um den Wohlstand in den Industrieländern zu erhalten". Sie führten Veranstaltungen und Demonstrationen durch, an denen sich aber immer nur wenige direkt Abhängige beteiligten. Das kulminierte in der Einladung des damaligen Forschungsministers Matthöfer durch die DGB-Führung, auf der 1. Mai Kundgebung 1977 in Hamburg zu sprechen. Matthöfer war für das Atomprogramm der BRD zuständig. Die undogmatische Linke verstand das als Zynismus dem Widerstand gegen Atomanlagen und den Sorgen und Ängsten vieler Menschen vor radioaktiver Verseuchung gegenüber und sah darin eine Rechtfertigung und Unterstützung der staatlichen Atompolitik. Diese Provokation beantworteten wir dadurch, indem wir - trotz Schutz durch Bodyguards, trotz der sehr großen Entfernung bis zum Balkon des DGB-Hauses, trotz massivem Einsatz von DGB-Ordnern, aber mit wohlwollender spontaner Unterstützung vieler DemonstrantInnen - durch massiven Beschuss mit Farbbeuteln Matthöfer am Reden hinderten. Das nahmen die DGB-Verantwortlichen zum Anlaß, die 1. Mai Kundgebung abubrechen und unter dem Abspielen von Arbeiterliedern, den Platz durch Polizei räumen zu lassen.

Die obigen Ausführungen beschreiben die Situation, aus der die, die sich als antiautoritär, undogmatisch oder als Spontis bezeichneten, einen Begriff von "Autonomie" - "Selbstbestimmung und Kollektivität", "Eigenverantwortung", "Kommunikation", "direkte Aktion", "Koordination statt Führung", "Selbstorganisation" - entwickelten. Und auch eine Kritik an dem herrschenden Menschenbild, Menschen nach ihrer Verwertbarkeit/Brauchbarkeit für die Industriegesellschaft zu klassifizieren. (Wobei es sicher ein sehr berechtigter Vorwurf allgemein auch gegen die Radikale Linke war und weiterhin ist, allzusehr die Menschen nach ihrer Verwertbarkeit/Brauchbarkeit für den politischen Kampf zu bewerten; ein Hinweis, wieweit der bürgerliche Wert-Begriff sich in unserem Politikverständnis widerspiegelt.) Das alles waren keine Kopfgeburten, sondern entstanden aus dem Bedürfnis, trotz unterschiedlicher sozialer und politischer Sichtweisen/Zugehörigkeit zusammenzukämpfen zu wollen, ohne den anderen/die andere zu vereinnahmen. Und das nicht aus einem moralischen Anspruch heraus, sondern weil die verschiedenen Beteiligten selbstbewußt genug waren, sich nicht vereinnahmen zu lassen.

>Autonomie< ist nicht einfach in Rezepte zu fassen, ist nur im Prozeß der Auseinandersetzungen für neue Situationen auch wieder neu zu entwickeln. Das erfordert für alle Beteiligte ständige Anstrengung auf Genauigkeit und Offenheit; jedes Ausweichen und Ausruhen auf starre, lineare Regeln konterkariert die Idee und erschließt sie z.B. für informelle versteckte Hierarchien (Entscheidungen sind nicht für alle nachvollziehbar, Mehrheiten werden durch Dominanz geschaffen, persönliche Beziehungen treten an die Stelle offener Diskussion, Informationsmonopol, ...). Diese wurden uns auch von außen (z.B. vom KB, der dadurch seine "Demokratisch Zentralistischen Strukturen" rechtfertigen wollte) vorgeworfen und sie waren

auch vorhanden und waren sicher nicht ausreichend Gegenstand ständiger Auseinandersetzungen nach innen.

Eine Grundidee war, die unterschiedlichen Gruppen und Einzelpersonen nicht der eigenen Politik oder Mehrheitsbeschlüssen unterzuordnen, sondern sie aufzufordern und zu unterstützen, eigene Positionen zu entwickeln und zu artikulieren - und diese auch zu respektieren - und auf der Grundlage solcher unterschiedlichen Positionen gemeinsam festzustellen, ob und mit wem in der speziellen Situation Zusammenarbeit möglich ist, oder auch getrennte Wege zu gehen, ohne sich gleich gegeneinander zu stellen. (Auch hierfür ist die Demonstration Brokdorf/ Itzehoe (19.2.1977) ein Beispiel)

D.h. auch nicht durch Abstimmung ("Kampfabstimmung") über die Minderheit zu verfügen, damit Minderheitenmeinungen zu unterdrücken (Abstimmung als Herrschaftsinstrument!), sondern Abstimmungen als Feststellung eines Meinungsbildes für die Möglichkeit von Zusammenarbeit und weiterer Auseinandersetzung, zu betrachten.

>>Grundlagen dieses Selbstverständnisses waren die Vorstellungen, daß Verantwortung sich nicht delegieren läßt, daß Einheit und Disziplin sich nicht anordnen lassen (gemeint sind die Einheit und Disziplin, die wir brauchen, um einem funktionalisierten Polizeiapparat Widerstand leisten zu können), daß die Stärke unseres Widerstandes nicht in der zentralistischen Befehlsstruktur - die nur noch besser funktionieren muß, als die der Polizei -, sondern im gemeinsamen Ziel, unserer Betroffenheit, in der politischen Vereinheitlichung über Vorgehen und Methoden und in der praktischen Vorbereitung liegen. Die Einheit in der Aktion wird i.A. vor der Aktion entstehen, sie kann durch die gemeinsame Aktion stärker werden, aber sie kann gewiß nicht durch administrative Maßnahmen der Demonstrationsleitung "geschaffen werden". Dies hieße nämlich, die Menschen zu entmündigen und zu Statisten zu machen. Die Demonstrationsleitung sollte keine politische Macht haben, sondern nur Koordinierungsfunktionen.<< (s. Literaturhinweis: Bilanz und Perspektiven zum Widerstand gegen Atomanlagen, 1978, S. 13.)

Eng verbunden mit dieser Idee ist die Vorstellung der "direkten Aktion", und die Vorstellung "das Kriterium für "Wahrheit" ist die eigene/gemeinsame Praxis".

"Direkte Aktion" meint, daß wir z.B. "kein AKW in Brokdorf oder anderswo" nicht nur fordern können - von einem Übervater Staat, der uns schlecht behandelt - sondern diese Parole versuchen müssen auch selbst praktisch umzusetzen, z.B. durch Bauplatzbesetzungen. Das ist nicht nur ein technisches Problem, sondern dazu bedarf es eines eigenen Begriffs von Recht und Gewalt. Diese Vorstellung der "direkten Aktion" wird getragen durch die Erfahrung, daß das Kriterium für "Wahrheit" die eigene/gemeinsame Praxis nur sein kann. D.b. in der eigenen Umsetzung der Forderung/Perspektive/Idee/Utopie wird sie erst verstanden, verifiziert und weiterentwickelt ("das Private/der Alltag ist politisch und umgekehrt!"). Bleibt sie auf der theoretischen Ebene, kann sie willkürlich, je nach Bedarf, abgerufen und eingesetzt werden, und wird so zur Glaubensfrage. Z.B.: Jede Vorstellung von Herrschaftsfreiheit und Solidarität ist beeinflußt und geprägt durch die herrschenden Verhältnisse ⁽³⁾ von denen wir selbst auch aktiver Teil sind. Da,

³ Rassismus, Sexismus, Patriarchat, Privateigentum, Kapitalismus, Warencharakter von Gesellschaft und Beziehungen, Normierung, Selektion, Nicht als Haupt- und Nebenwidersprüche, sondern in ihrer Verschränktheit/dialektischen Bedingtheit.

wo wir zu ihnen in Widerspruch geraten (⁴), können wir Möglichkeiten entwickeln, sie anzugreifen. In diesem Prozeß werden wir einen Begriff von Herrschaftsfreiheit und Solidarität entwickeln. Aber nur soweit, wie wir auch in der Lage sind, ihn wieder weitgehend praktisch umzusetzen, unser Leben konkret zu verändern, ihn zur Grundlage von Kritik und Kampf zu machen.

Wenn wir uns in unserer Lebensweise, in unseren Beziehungen, in unseren Kommunikationsformen nicht von denen unterscheiden, die wir bekämpfen, ist jede Idee abstrakte Theorie, reine Kopfgeburt, Schwärmerei, schließlich überflüssig oder schädlich weil sie Illusionen erzeugt, (Selbst-) Täuschung ist, Veränderung blockiert.

>> Die zukünftigen Angriffe auf AKW werden notwendigerweise zu einer grundlegenden Veränderung von Gewohnheiten, Sicherheitsbedürfnissen, Konsumverhalten, Ruhe und Zurückgezogenheit, Beziehungen untereinander, Berufsvorstellungen u.s.w. führen. Vor diesem Schritt schrecken noch sehr viele Menschen zurück.

Sie suchen Sicherheit in einem bürgerlichen Leben, in gewohnten, festgelegten Lebensabläufen und glauben, sich punktuell gegen bestimmte Mißstände wehren zu können, ohne diese Sicherheit zu gefährden, oder sie versuchen, ihre Interessen an andere Menschen oder Gruppen zu delegieren.

Es erfordert viele Auseinandersetzungen und viele Erfahrungen, um zu erkennen, daß dies eine Sicherheit ist, die den Menschen verdinglicht, funktionalisiert und fremdbestimmt.

Erst wenn vielen Menschen die Widerstandsbereitschaft zur ihrer Existenzfrage geworden ist, werden wir es gemeinsam erreichen, ein selbstbestimmtes, menschenbejahendes Leben zu führen. Das wird aber nur erreicht, wenn alle Menschen in diesem Widerstand ihren Platz finden und nicht durch eine StellvertreterInnenpolitik - wie sie nicht nur bei bürgerlichen Parteien, sondern auch bei zentralistischen Kader-Organisationen ("kleinbürgerliche Machtpolitik") zu finden ist. << (s. Literaturhinweis: Bilanz und Perspektiven zum Widerstand gegen Atomanlagen, 1978, S. 18.)

Diese Vorstellungen von Autonomie erfordern einen beständigen Einsatz, sich selbst zu verändern, ständige Auseinandersetzung mit der eigenen Situation, ständige Verantwortung für das eigene Handeln, die Bereitschaft, Kollektivität und Selbstbestimmung als dynamische dialektische Einheit zu begreifen, als zwei Seiten einer Medaille, die sich bedingen und nicht gegeneinander unterzuordnen sind - weshalb auch nicht Individualismus gemeint ist! -, erfordert eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit den herrschenden Verhältnissen - nicht nach Rezepten, Regeln, fertigen Gegenmodellen, erstarrten Visionen.

Das richtet sich gegen alles, was diese Gesellschaft darstellt, erfordert immer wieder viel Kraft, langen Atem und Risikobereitschaft - woher aber diese Kraft nehmen!?.

Vieles davon war oft nicht eingelöster Anspruch aber sicher immer Orientierung. Manchen Menschen erscheint es bequemer, durchsichtiger und widerspruchsfreier, sich einem klaren Prinzip unterzuordnen - dafür sind wir durch und für diese Gesellschaft konditioniert -, als sich in einen Prozeß zu begeben, für das eigene Verhalten kollektive Verantwortung zu übernehmen,

⁴ das (wahrzunehmen) wird immer schwieriger z.B.: Anonymisierung von Herrschaft, scheinbare gesellschaftliche Zwangsläufigkeit und Unausweichlichkeit, der Ruf nach "besseren" ExpertInnen, ManagerInnen statt Zuordnung gesellschaftlicher Verantwortung und Schuld.

und das in einer Gesellschaft, die das lange schon fast total abgeschafft hat. D. h. auch, sich in ständigen Widerspruch zu den herrschenden Verhältnissen bewußt zu stellen; das wird auch immer wieder Widersprüche zu den eigenen Ansprüchen produzieren.

Viele von uns waren erschöpft, sie sahen keine Perspektive mehr in einem Widerstand, der stark zum Procedere, zum Ritual zu erstarren drohte. Die Erfolge - auch die der eigenen Veränderung - waren kurzfristig nicht ausreichender Ersatz für das Verlorene, sie gingen zurück in den Schoß der herrschenden Verhältnisse, suchten dort Sicherheit: "da weißt du wenigstens, was auf dich zukommt".

Ob "Gott", ob "Führer", ob "Natur", ob "Wissenschaft", ob "Zentralkomitee", ob "Parlamente", ... heißt immer seine Stimme, die eigene Verantwortung delegieren/abgeben und nicht selbst erheben, andere für sich entscheiden lassen - darauf verzichten, das eigene Leben selbst zu leben. Jede zentralistische Struktur, jede Hierarchie macht die Beteiligten zu Marionetten, zu Statisten, zerstört ihre Individualität und Kollektivität, die es ja gerade zu entwickeln gilt und durch die wir uns von der Uniformität und Formalisiertheit von Herrschaft verabschieden.

Ich habe diese Erkenntnisse/Erfahrungen als eine Befreiung von der Zwangsjacke einer scheinbar unumstößlichen Unausweichlichkeit der herrschenden Verhältnissen erlebt - das Handeln in die eigene Hand nehmen, sich über die eigenen/gemeinsamen Vorstellungen und Möglichkeiten definieren, Beziehungen nicht in Hierarchien, Konkurrenzen und individuellen materiellen Vorteilen suchen! Es war ein kurzes Aufblitzen und ein sinnliches Erleben der Möglichkeit revolutionärer Veränderung. Es war die Hoffnung auf ein anderes Leben, als das von den herrschenden Verhältnissen zugestandene, und die Ahnung, wie das aussehen könnte, die uns beflügelten und Mut machten, die Auseinandersetzungen aufzunehmen. Die Erinnerung daran gibt Kraft, an zukünftige Möglichkeiten zu denken.

Ich denke, die Erfolge - und damit meine ich nicht nur, daß die Anti-AKW-Bewegung bisher den größten Teil des ehemals geplanten Atomprogramms verhindert hat und ökologisches Denken überhaupt erst politikfähig gemacht hat, sondern auch einen eigenen Begriff von Emanzipation/Utopie entwickelte - waren nur möglich, weil der Wille, die Entschlossenheit und die Lust/Freude, die Forderungen auch selbst praktisch durchzusetzen, sich mit der Einsicht verbanden, daß der Kampf nur erfolgreich sein kann, wenn es gelingt, mit breiten Teilen der Bevölkerung in eine gemeinsame Auseinandersetzung und zu gemeinsamen Aktionen zu kommen.

Anders gesagt, sich nicht in einem Freiraum, einer Nische, einem Ghetto innerhalb dieser Gesellschaft einrichten - falls das überhaupt möglich ist und nicht weitgehend Selbsttäuschung -, sondern versuchen, sich in der Widersprüchlichkeit dieser Gesellschaft zu erkennen/zu erfahren und damit umgehen zu lernen. Das meint nicht Anpassung, Opportunismus, sondern Bestimmung und Äußerung eigener Position und sich da-ran machen, Strategien zur revolutionären gesamtgesellschaftlichen Veränderung zu entwickeln. Und heißt auch, jeder fundamentalistischen "reinen Lehre" zu widersprechen, die sich immer scheinbar außerhalb der gesellschaftlichen Widersprüche stellt, diese ignoriert und so auch nicht konkret wahrnehmen kann.

Und diese Erfolge waren möglich, weil wir versucht haben, den "Bauzaun" nicht nur zur technischen, taktischen Frage, sondern auch zur Frage der revolutionären Moral/Begrifflichkeit und unseres Alltags zu machen.

Thesen zur aktuellen Auseinandersetzung gegen die Atomtechnologie.

I. Atomtechnologie heißt Verletzung und Mord an vielen Millionen Menschen!

Das Streben nach weltweiter politischer und ökonomischer Vorherrschaft, nationalistische Überheblichkeit und wissenschaftlicher und technologischer Machbarkeitswahn waren und sind die Rechtfertigungen für grausame Verletzungen und Mord an mehreren Millionen Menschen durch radioaktive Strahlung.

Hiroshima, 6. Aug. 45, Nagasaki, 9. Aug. 45, auf beide Städte werfen die USA eine Atombombe. Geschätzte Tote bis Ende 46 zusammen 230 000, an den Spätfolgen starben bis Ende 81 zusätzlich ca. 150 000 Menschen. Auch jetzt erkranken und sterben immer noch Menschen an den Folgen. Für die PolitikerInnen eine Machtdemonstration - speziell gegenüber der UdSSR -, für die WissenschaftlerInnen ein Freilandexperiment an konkreten lebenden und toten "Objekten".

(Die Zahlen sind als Größenordnungen zu verstehen, die auf das Ausmaß der Bedrohung einerseits und auf die Skrupellosigkeit andererseits, mit denen politische und ökonomische Interessen durchgesetzt werden, hinweisen sollen. Die wirklichen Auswirkungen sind durch Zahlen gar nicht zu erfassen.)

Seit 1945 wurden bei ober- und unterirdischen Atomexplosionen (2047 Tests, durch die USA davon 1051; Stand 17. Aug. 95) gewaltige Mengen Spaltprodukte in die Biosphäre freigesetzt; das entspricht mehr als 40 000 Hiroshima-Bomben. Emissionen aus Atomkraftwerken, die auch größere Unfälle wie "Three Miles Island" (1979) und "Tschernobyl" (1986) einschließen, erhöhen die Gesamtbelastung noch, die zu einem erheblichen Teil aus langlebigen radioaktiven Isotopen besteht, die sich Tausende von Jahren in der Stratosphäre halten.

Der sichere Betrieb von Atomkraftwerken, und die sichere Entsorgung von Atommüll sind bisher gänzlich ungelöst und nicht vorstellbar.

Einen Grenzwert für die Verträglichkeit radioaktiver Strahlung gibt es nicht. Die Ideologie der Grenzwerte soll über das tödliche Risiko hinwegtäuschen. Weltweit werden weiterhin viele Millionen Menschen durch die Aufnahme dieser Spaltprodukte verletzt und ermordet werden.

II. Verharmlosen und Verschweigen der Katastrophen und der Auswirkungen von radioaktiver Strahlung.

Die Atompolitik der verschiedenen Regierungen und der Atomindustrien ist gekennzeichnet durch Verharmlosen, Verschweigen der Katastrophen und der Auswirkungen von radioaktiver Strahlung, auch wie sie z.B. beim Abbau von Uran und beim Betrieb ziviler Atomanlagen (auch beim "Normalbetrieb") auftreten.

Atommächte führen meist ihre Atomwaffenversuche in Regionen durch, in denen "Minderheiten", "Kolonialvölker" - Menschen, die sie militärisch und ökonomisch beherrschen - in Mitleidenschaft gezogen werden.

Das oft jahrzehntelange Leiden der verletzten Menschen läßt sich nur schwer vermitteln und ist von außen kaum vorstellbar; die Dimension des Schreckens findet keinen Zugang in die eigene Vorstellung.

Wenn KritikerInnen der Atomtechnologie weltweit wissenschaftlich diffamiert und politisch verfolgt wurden/werden und versucht wird, sie mundtot zu machen, ist das in diesem Kontext zu sehen.

III. Mord und Verletzung aus polit./ökon. Kalkül.

Dabei beruhen die Gefahren, die von Entwicklung und Anwendung der Atomtechnologie ausgehen, nicht etwa auf Unwissenheit, auf Irrtum, sondern werden bewußt in Kauf genommen: Tod und Krankheit sind lediglich Faktoren in der Kosten-Nutzen Rechnung von Industrie und Staat. (Staat, Industrie und Elektrizitätsgesellschaften sind untereinander eng verflochten; wer über billige (für wen!?) Energiequellen verfügt, ist wirtschaftlich im Vorteil; der Betrieb von AKWs ist für die Betreiber ein wahrer Goldregen; Stilllegung würde einen gigantischen Kapitalverlust bedeuten.) Die herrschende wissenschaftliche Lehrmeinung - herrschende Wissenschaft ist Wissenschaft der Herrschenden! - hat jahrzehntelang dazu beigetragen, diese Gefahren zu verharmlosen, und hat sich als Handlanger ökonomischer und politischer Interessen betätigt.

IV. Widerstand und gesellschaftliche Utopie als dialektische Einheit.

Atombomben/AKW's lassen sich nicht als isolierte gesellschaftliche Erscheinungen, als bloße gesellschaftliche Auswüchse verstehen, sondern sind bewußter und konsequenter Bestandteil dieser herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse.

Die ökonomische/politische Macht der "Freien Sozialen Marktwirtschaft" des Kapitalismus beruht auch auf der Ausplünderung der Quelle menschlicher Arbeitskraft und "Natur". Der Mensch als "Naturwesen" ist von bestimmten ökologischen Bedingungen abhängig und genau diese werden aber durch die kapitalistische Produktionsweise vernichtet. Das bedeutet, die ökologische Frage wird nur im Zusammenhang mit der sozialen gelöst werden können - durch den Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse!

Das heißt für die ökologische Bewegung, daß sie sich weder auf ausschließlich regionale, nationale noch ausschließlich fachspezifische (gegen AKW, Zwischenlager, Atombombe, Gentechnologie, Bioethik, ...) Kämpfe beschränken kann, will sie die Fragen an der Wurzel

packen und sich nicht damit zufrieden geben, das Problem vor der eigenen Haustür zu "lösen" - das wird immer nur eine kurzfristige Scheinlösung sein - und dann jedes Problem immer wieder neu!

"Gorleben ist überall!" - diese Parole meint z.B.:

- Ausbaupläne für das Zwischenlager in Ahaus (dort lagern bisher 305 Castor-Behälter).
- am 21. Okt. 96 verließ der 16. Transport mit abgebrannten Brennelementen das AKW-Brokdorf in Richtung WAA La Hague.
- Der Ausbau der Urananreicherungsanlage in Gronau ist beabsichtigt.
- Fast 20 AKW sind in der BRD noch in Betrieb.

Und die Kritik an Atomtechnologie wird nur im Kontext gesamtgesellschaftlicher Auseinandersetzung und der permanenten Suche und Umsetzung eigener >>Utopie einer menschlichen Gesellschaft<< längerfristig erfolgreich sein:

Es geht uns eben nicht nur um die Beseitigung der Atomtechnologie, sondern wir kämpfen gegen Atomtechnologie als ein Erscheinungsbild der herrschenden menschenverachtenden Verhältnisse und für eine Gesellschaft, in der nicht die ökonomische Rationalität, sondern der Mensch im Mittelpunkt steht. Was wir darunter verstehen, das müssen wir gemeinsam herausbekommen (Begriff von Herrschaftsfreiheit, Solidarität, Autonomie, Kollektivität und Selbstbestimmung, Gewalt, Recht, ...). Geht es uns darum, kommen wir nicht umhin, unseren Widerstand gegen Atomtechnologie, Rassismus, Faschismus, Patriarchat, Warencharakter der Gesellschaft und unseres Lebens und der Arbeitskraft, Privateigentum, gesellschaftliche Selektion und Normierung, ... als Einheit zu begreifen.

Was nicht bedeutet, daß Staat und Industrie nicht zumindest regional, aus taktischen Erwägungen heraus, auf Atomenergie verzichten werden - falls der Loyalitätsschwund in der Bevölkerung für sie zu groß wird - auch ohne daß sie sich dadurch grundsätzlich in Frage stellen lassen (z.B. konnten das AKW in Wyhl, der Schnelle Brüter in Kalkar, die WAA in Dragahn, die WAA in Wackersdorf, der Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop, die WAA in Gorleben, die MOX-Brennelementproduktion in Hanau, der Weiterbau der AKW in Stendal, ... und der größte Teil des geplanten Atomprogramms in der BRD verhindert werden).

So kann es wohl eintreten, daß wir das Zwischenlager oder die Castor-Transporte in Gorleben verhindert haben, dennoch auch eine politische Niederlage erlitten haben!

Wobei es mir aber noch offen erscheint, ob SIE momentan im Rahmen der "Neuen Weltordnung" weltweit auf Atomtechnologie verzichten können, ohne auch die eigenen Machtstrukturen grundsätzlich in Frage zu stellen.

V. Eigener Begriff von "Recht" und "Gewalt", "Autonomie" als gesellschaftliche Utopie.

Die Kraft der Anti-AKW-Bewegung ist auch daraus entstanden, daß so viele Menschen - und das ohne schlechtes Gewissen (das, nachdem alle Versuche der Argumentation auf Erörterungsterminen, vor Gerichten, auf Veranstaltungen mit VertreterInnen der Atomindustrie

und PolitikerInnen gescheitert waren) - z.B. gesagt haben:

- >>Radikale werden nicht geboren, sondern von der Umwelt produziert<<, oder
- >>Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht<<, oder
- >>Wenn das Gesetz sein soll, was unser Leben zerstört, dann haben wir ein Recht, dieses Gesetz zu brechen<<, oder
- >>kriminell sind die, die AKWs bauen und nicht die, die sie zu verhindern suchen<<, oder
- >>Es ist legitim, den Bauplatz zu besetzen<<, oder
- >>Die Region, in der das AKW gebaut wird, zum Feindesland für die Verantwortlichen und damit unregierbar zu machen<<.

Materieller Schaden ist meist verhältnismäßig leicht zu ersetzen, aber der Verlust an politischer Glaubwürdigkeit, der Verlust an politischer Legitimität staatlichen Handelns führt zum Loyalitätsschwund der Bevölkerung den politisch Mächtigen gegenüber und führt dazu, den herrschenden Vorstellungen von Recht und Gewalt eigene Vorstellungen von Legitimität und Widerstand entgegenzusetzen ("Filbinger (damaliger Ministerpräsident von Baden-Württemberg) hat gesagt, das Schlimmste bei Wyhl war, daß die Bauern und Winzer ein so verteuft gutes Gewissen hatten, wenn sie die geltenden Gesetze brachen". (Jens Scheer, auf einer Kundgebung am 24.9.77 in Kalkar)). Dazu, und auch, um mit Menschen mit verschiedenen politischen Vorstellungen gleichberechtigt zusammenarbeiten zu können, war es nötig eigene Begriffe/Organisationsformen von Selbstbestimmung, Kollektivität, Autonomie, Herrschaftsfreiheit und Solidarität zu entwickeln.

Dies ist es, was uns für diesen Staat unbegreiflich, unkontrollierbar macht, uns so antiparlamentarisch und antistaatlich werden läßt. Viele von uns sind über sich selbst erstaunt, wenn sie sich mit solcher Selbstverständlichkeit als Staatsfeinde wiederfinden.

VI. Argument: "radioaktive Belastung".

Große Teile des Widerstandes gegen die Atomtechnologie beziehen sich fast ausschließlich auf die radioaktive Belastung der Umwelt und deren Folgen (z.B.: rad. Belastung der Ware Milch/Gemüse, Verringerung des Freizeitwertes der Region) und die gesundheitliche Gefährdung der Menschen und klammern den politischen ursächlichen Kontext weitgehend aus - besonders, wenn es um die Bestimmung von Widerstandsaktionen geht.

Dieser Widerstand bekommt so leicht den Charakter von Handwerkelei/kosmetischer Korrektur an einem Erscheinungsbild auf der Oberfläche bestehender Machtpolitik und ist letztendlich als herrschafts-immanenter Protest integrierbar, die mediale Verwertbarkeit (mediengerechte Aktion, Inszenierung von Widerstand) tritt dabei oft in den Vordergrund, wird Selbstzweck: "Schöne" Bilder von Opfern in der Presse, um mit der Empörung darüber Politik zu machen.

VII. Argument: "Verhandlungsposition".

Teile des Widerstandes wollen durch die Aktivitäten, die sie unterstützen und propagieren, hauptsächlich ihre Verhandlungsposition gegenüber RegierungsvertreterInnen stärken. Deshalb spielen hierbei die bloßen Anzahlen der Beteiligten auch eine dominierende Rolle. Für sie ist die Stärke einer Aktion proportional zur Anzahl der BündnispartnerInnen. Aber das hat sich als Irrglaube herausgestellt, nämlich immer dann, wenn wachsende Zahl, abnehmende politische Klarheit und Verzicht auf Vermittelbarkeit unserer Ziele bedeutet. Sie halten die Welt für grundsätzlich in Ordnung, wollen nur keine Atomanlagen.

So müssen sie auch alles vermeiden, was ihre Rolle als VerhandlungspartnerInnen in Frage stellt. Würden sie sich auf eine Auseinandersetzung über die eigentlichen Ursachen der Atomtechnologie einlassen, müßten sie vielleicht vieles in ihrem eigenen Leben - ihrem "gesellschaftlichen Sein" - in Frage stellen.

Dieser systemimmanente Widerstand bleibt so Protest gegen Auswüchse und führt letztendlich zur Integration in die herrschenden Verhältnisse. Er bezieht seine Möglichkeiten aus der situationsbedingten Konfliktunfähigkeit des Staates, erreicht bestenfalls Zugeständnisse und als Ergebnis eine "Sicherheit" auf Zeit in einer gesellschaftlichen Nische. (s. These VI, Abschnitt 2)

VIII. "Die Grünen".

Die historische Rolle der Grünen ist es, eine rechtstaatliche, parlamentarische Alternative zur außerparlamentarischen Widerstandsbewegung zu bilden und anzubieten. In ihrer Entstehungsgeschichte war ihre Stärke proportional zu ihrer Integrationsfähigkeit des Widerstandes in die herrschenden Verhältnisse.

Von vielen Beteiligten wurde dies als eine Möglichkeit ergriffen, scheinbar ohne Gesichtverlust aus dem aktiven Widerstand auszusteigen (Alibifunktion der Grünen). Das hatte sicher auch damit etwas zu tun, daß verstärkt das gesamte Leben von den Auseinandersetzungen betroffen wurde. Heute sind die Grünen soweit in den herrschenden Verhältnissen aufgegangen und zu deren Träger und offenen Protagonisten geworden, daß für sie der Anti-AKW-Widerstand hauptsächlich taktisches Kalkül für ihr Machtstreben ist.

Die Grünen können nie verlängerter Arm, zumindest nicht des autonomen Anti-AKW-Widerstandes, in den Parlamenten sein. Das liegt daran, daß wir unseren Kampf gegen Atomanlagen nicht nur als technisches Ziel begreifen (s. These IV. und V.).

Aktionseinheit mit den Grünen bedeutet immer notwendigerweise einen politisch gemeinsamen Nenner zu finden: Anerkennung des Gewalt- und Rechtmonopols des Staates, bestenfalls >>Ziviler Ungehorsam<<.

Die Grenzen herrschaftsimmanenter Kritik verlaufen dort, wo die herrschenden Verhältnisse

grundsätzlich (und praktisch) in Frage gestellt werden. Sie erfüllt somit auch immer Ventilfunktion zur Besänftigung und Integration gesellschaftlicher außerparlamentarischer Opposition. Versucht - schon um das eigene gesellschaftliche Sein zu legitimieren - jede radikale und revolutionäre Sichtweise mit Autorität bis zur Gewaltanwendung zu blockieren.

IX. "Gewaltfreiheit", "Ziviler Ungehorsam".

Unbestritten ist es ist sicher immer klug, einer Konfrontation aus dem Weg zu gehen, aus der wir absehbar nicht erfolgreich herauskommen werden, die uns politisch schadet, und wenn wir uns nicht in eine Falle locken/provozieren lassen. Bloß darüber wird es vermutlich oft sehr unterschiedliche Meinungen geben. Und wir müssen an Kommunikationsformen arbeiten, so daß wir die unterschiedlichen Meinungen nachvollziehbar machen, sie gegenseitig respektieren und so - auf einer nichtfunktionalen, nichttaktischen sondern offenen Ebene - gemeinsame Handlungsvorstellungen entwickeln können oder auch verschiedene Formen des Widerstandes nebeneinander stehenlassen können.

Aber, zumindest nach meinen Erfahrungen, führt es in die Resignation, wenn Menschen sich zum Opfer machen, sich dem Gegner ausliefern und gerade ihre Wehrlosigkeit und Passivität als Stärke begreifen, als moralischen Sieg feiern und propagieren, manchmal selbst damit kokettieren, Passivität und Opferhaltung zum politischen Konzept machen.

Das Opfer sagt, ich wehre mich nicht, dadurch setze ich den, der gegen mich Gewalt (?) anwendet, ins Unrecht (?). Und ab diesem Augenblick braucht der Knüppel längerfristig nicht mehr eingesetzt zu werden - es reicht die Androhung, das Opfer hat den erhobenen Knüppel bereits verinnerlicht.

Hier ist es dem Staat nicht nur gelungen, Menschen über seine "ausführenden Organe", Knüppel, Maschinenpistolen, ... Gewalt anzutun, sondern auch ihre Köpfe, ihr Denken, Fühlen und Wollen zu beherrschen.

Das Sichwehren gegen Gewalt wird dann als Einlassen auf die "Provokationen der Polizei" verurteilt und somit den Menschen, die dies tun, jedes selbstbestimmte Handeln abgesprochen. Oder es wird gar behauptet, es diene im Endeffekt nur den Herrschenden, die das als einen willkommenen Anlaß nehmen, alle Anti-AKW-GegnerInnen als "Gewalttäter" und "Chaoten" abzustempeln und das wiederum für den Abbau demokratischer Rechte nutzen. Von hier ist es nur noch ein kleiner Schritt zu der Behauptung, daß diese Aktionsformen direkt von den Herrschenden durch ihre Provokateure in Szene gesetzt werden und all jene, die sich nicht an die verordnete "Gewaltlosigkeit" halten als solche zu diffamieren. Die Aggressionen richten sich dann oft gegen die, die sich gegen die herrschenden Verhältnisse militant wehren.

Diese Argumentation macht sich die Sichtweise/Moral /Demagogie der Herrschenden zu eigen und verhält sich darin opportunistisch und widerspruchsfrei, verzichtet auf eine eigene Begrifflichkeit von Gewalt, Recht und Widerstand, kann auch keine eigene Begrifflichkeit der Gewaltverhältnisse entwickeln.

Das zeigt sich auch in der Aufforderung, zu unserem Widerstand offen und öffentlich namentlich zu stehen, mit offenem Visier zu kämpfen; mit den Bullen, den AKW-Betreibern u.s.w. in Dialog

zu treten, um sie zu überzeugen, daß sie im Unrecht sind. Das setzt die eigene Begrifflichkeit von Recht und Unrecht auch für den Gegner als "wahr" voraus und appelliert an seine Fairness. Aber es gibt keinen ergebnisoffenen Dialog, und es ist kein sportlicher Wettkampf, der hier stattfindet, sondern tödlicher Ernst - und wir haben uns das nicht ausgesucht!

X. Aufklärung/Information.

Appelle an die Vernunft (wessen Vernunft?), um die Entwicklung zu stoppen?
Fehlende Information, Aufklärung sind schon lange nicht mehr das Problem dieser Gesellschaft!
Bloße Aufklärung bewegt in einer Gesellschaft, in der Herrschaft weitgehend anonymisiert - es gibt scheinbar keine Verantwortlichen, keine Schuldigen - und somit immer schwerer (be-)greifbar ist, kaum noch etwas. Einerseits wird versucht, jede Kritik unter der Decke vermeindlicher Sachzwänge zu ersticken oder im Rahmen von Modernisierung zu integrieren, andererseits ist das Gefühl, eingreifen, gestalten, verwirklichen zu können, dem Gefühl der zunehmenden Unwirklichkeit, einer entgleitenden Wirklichkeit, einer virtuellen, simulierten Wirklichkeit, in der das "Reale" in seiner medialen Aufarbeitung verschwindet (Jean Baudrillard) gewichen. Das ist die Ideologie des "Zeitgeistes" der Postmoderne und äußert sich in Resignation und Schicksalsergebenheit. Es geht lediglich um das Durchbeißen, um das individuelle "Glück", um im Rahmen der vermeintlich von außen unumstößlich festgelegten Bedingungen, in einem vorgegebenen und akzeptierten Spielraum, das Beste für sich rauszuholen. Nur, dieser Weg, der zur Aufgabe jeglicher Selbstbestimmtheit und kollektiven Handlungsmöglichkeit und Kommunikation, in die totale Vereinzelung und Funktionalisierbarkeit für Fremdinteressen führen wird oder weitgehend schon geführt hat, wird sich als Täuschung und Selbsttäuschung herausstellen - was nicht heißt, daß die Erfahrung und Erkenntnis darüber von innen noch stattfinden: Das bedeutet das Ende kollektiver Lebenswürfe und gesellschaftlicher Utopie und suggeriert Zwangsläufigkeit und Unausweichlichkeit!

XI. "Kommunikation" als Sabotage an den herrschenden Verhältnissen.

Menschen neu für den Widerstand zu gewinnen, wird uns kaum Über Angst und Horror gelingen. Ziehen wir uns den Horror rein: radioaktive Belastung, Kriegsvorbereitung, Waldsterben, Verseuchung von Luft, Wasser, Boden und Lebensmitteln, Genmanipulation, Reproduktionsmedizin, Bioethik, "Neue Euthanasie", "Neue Eugenik", gesellschaftliche Normierung und Selektion, Kontrolle aller Lebensbereiche, Entfremdung, Lohnarbeit, Krieg, Nationalismus, Rassismus, Sexismus, ..., so scheint vielen Menschen nichts anderes übrig zu bleiben, als den Kopf in den Sand zu stecken, zu verdrängen und zu resignieren, einen Freiraum, eine Nische, ein Reservat zu suchen und sich zu arrangieren.
Wobei diese ganze Entwicklung, als eine Entwicklung, hinter der Absicht/Kalkül steckt, weitgehend auch nicht mehr wahrgenommen wird und über die Verinnerlichung dieser Verhältnisse von uns selbst wiederum unterstützt wird (s. These X).

Wissen und Analysen/Theorien sind so lange tote Buchstaben, so lange sie nicht auch eine praktische Perspektive für die Veränderung des Alltags, der Kommunikation, der Beziehungen und der Subjektivität beinhalten. Das heißt auch, daß z.B. die >>Stillegung aller AKW<< von uns nicht nur als technisches Ziel behandelt werden sollte (s. These IV. und V.), sondern, daß es uns vor allem auch darum gehen sollte, wie wir diese Ziele erreichen, was sich dabei unter uns und bei uns selbst verändert:

Gesellschaftliche Vereinzelung ist eine Grundlage von Herrschaft: Kontrolle, Steuerung, Zerstörung von Individualität,

"Kommunikation" als Sabotage an den herrschenden Verhältnissen entsteht überall da, wo Menschen versuchen, Auseinandersetzungen zu führen, um sich einen Begriff von Herrschaftsfreiheit und Solidarität anzueignen.

Literaturhinweise:

- * "Lieber aktiv als radioaktiv, Wyhler Bauern er zählen: Warum Kernkraftwerke schädlich sind. Wie man eine Bürgerinitiative macht und sich dabei verändert.", herausgegeben von Nina Gladitz, Politik 65, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1976.
- * "Brokdorf: Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden", Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU), Verlag Association, Hamburg, März 1977.
- * "Zur Klein-Bürgerlichen Politik des KB. Das Verhalten des KB in der Anti-AKW-Bewegung", AK Politische Ökologie in der BUU-Hamburg, Mai 77.
- * "Bilanz und Perspektiven zum Widerstand gegen Atomanlagen", AK politische Ökologie (BUU-Hamburg), Sept. 1978.
- * "Gorleben 1004, Erfolg oder Niederlage?", Anti-AKW-Telegramm, Nr. 22, Aug. 80, Arbeitskreis für politische Ökologie.
- * "Brokdorf 28.2.81, Berichte - Bilanz - Perspektiven", BUU-Hamburg, Hamburg 1981.
- * Rede zur Eröffnung des bundesweiten Treffens der Anti-AKW-Bewegung, F. Storim, Braunschweig, Nov. 84. Atom-Expresß & Atommüllzeitung, Jan./Feb. 85.
- * "Aufruhr, Widerstand gegen Repression und 129a", Buchgruppe *wüster haufen*, Edition ID-Archiv 1991.
- * "Ökofaschismus & New Age", Peter Bierl. ÖkolinX, Ökologische Linke Zeitschrift, Frankfurt/Main, Juli/August 93.
- * "Eigentlich Schnee von gestern?", LUPUS-Gruppe, 1986. atom, 17 Jahre in Bewegung, Rückblick und Diskussion, Nr. 41, 94.
- * "Zivile und militärische Atomanlagen - eine Projektion der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse!", Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz - Bremen. Kassiber - Bremen, Nr. 27, Okt./ Nov. 95.
- * "Die Autonomen. Stand - Bewegung - Differenzen - Aussichten linksradikaler Politik", Bernd Hüttner, Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Klassen und Klassentheorie, Nr. 24, Dez. 95.
- * "Normierung, Selektion, Vernichtung im Namen gesellschaftlicher "Zwangsläufigkeit" und Wissenschaftlichkeit!", F. Storim. KÖXÜZ, Nr. 5, April 96.

Diesen Text habe ich mit FreundInnen und GenossInnen aus den alten Anti-AKW-Zusammenhängen, aus meinem Arbeitszusammenhang, aus einem Arbeitskreis gegen gesellschaftliche Normierung und Selektion in Hamburg, aus dem Wendlandwiderstand und aus meinem politischen Alltag zum Teil mehrmals diskutiert. Er hat sich so aus einem Prozeß genauer und intensiver Gespräche und Kritik entwickelt. Die Erfahrung, die ich damit gemacht habe, hat mich ermutigt, ihn als eine Diskussionsvorlage öffentlicher einzubringen.

Für eine weitere und gemeinsame Diskussion werde ich versuchen, Ergänzungen, Kritik und weitere Überlegungen zusammenzustellen und allen Interessierten zugänglich zu machen.

Fritz Storim, Hamburg/Bremen, Herbst 1996.

(Label: Bilanz-96 / Dateiname: Bil96F03 / Herbst 96)